

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Wichtiges an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Rost'sche Zeilenmessung 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretznig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Fietzendorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 223

Dienstag, den 24. September 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 25. September, vorm. 11 Uhr

Sollen im Restanant zum Bürgergarten, hier, zwangsweise gegen Verzählung

1 Anhängerwagen für Lastauto, 1 Elektromotor (14 PS), 1 Ventilator, 1 Ansauger, 1 starke Nähmaschine, 16 Paar Damenschuhe und 8 Paar Herrenschuhe

meißelnd öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 24. Sept. 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Verträge und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Herbstanfang.) Montag, 23. Sept., nachm. 1,53 Uhr, da die Sonne in das Zeichen der Waage tritt, beginnt der Herbst seine Herrschaft. Die schöne Zeit ist zwar vorüber, allein auch der Herbst hat seine Freuden! Er reißt die Mengen des Obstes, die nützliche Kartoffel, den süßen Wein. Die weiten Ebenen sind belebt von langen Reihen emsig erntender Arbeiter. Die Saaten werden vor neuem bestellt. Und in den Weinbergen beginnt es sich zu regen, die süßeste Frucht zu ernten. Wie der Sommer die Scheunen füllt, so der Herbst die Obstkammern. Hausen der ürtlich und einladend schimmernden Früchte leuchten uns freundlich in den Obstgärten entgegen, und emsig sind die Menschen bemüht, diese vorzügliche Gabe des Herbstes in vollgefüllten Körben einzubringen. Ist die Getreideernte die wertvollste, so ist die Obst-, Kartoffel- und Weinernte die schönste. Der Herbst macht zwar ein ernsteres Gesicht und seine Miene ist oft schon etwas sauer, aber seine herrlichen Gaben sind die süßesten und die besten!

(Neugliederung von Schulaufsichtsbezirken.) Zu unserer Mitteilung in Nr. 222 unseres Blattes wird uns Folgendes geschrieben: „Bereits in Nr. 92 des Pulsnitzer Tageblattes war unter der Überschrift: Beginn der Verwaltungsreform unter V ausgeführt worden, daß die vom Volksbildungsministerium erlassene Verfügung über Neuwahl von Bezirkslehrerausschüssen um deswillen, weil wegen der Unterstellung kleinerer vork. rev. Städte verschiedene Bezirkslehrerausschüsse wegfallen würden, mindestens recht eigenartiger juristischer Konstruktion sei. Neuerdings glaubt nun das Volksbildungsministerium durch seine Verordnung Nr. 76 im zehnjährigen Verordnungsblatt durch die einfache Aufstellung eines Verzeichnisses weitere Rechtschwierigkeiten in dieser Angelegenheit umgehen zu können. Diese Verordnung trägt die Überschrift: „Verzeichnis der nach dem Stande vom 1. Oktober 1929 bestehenden Bezirkslehrerausschüsse.“ Ganz abgesehen von dem wohl nicht ganz einwandfreien Deutsch dieser Überschrift beugt sich diese Bekanntmachung anstelle einer ausdrücklichen Verfügung wieder lediglich auf eine Feststellung, und zwar nach der Richtung hin, welche „ländlichen und welche städtischen Bezirkslehrerausschüsse“ unter dem 1. Oktober 1929 bestehen. Es dürfte daraus zu ersehen sein, daß wohl auch das Volksbildungsministerium hinsichtlich des Nichtfortbestehens der Bezirkslehrerausschüsse der kleineren vork. rev. Städte ein halbes Jahr lang gewisse Bedenken gehabt hat. Es glaubt nun, die Rechtslage durch die Aufstellung eines einfachen Verzeichnisses klären zu können. Das ist unserer Auffassung nach ein ganz erheblicher Irrtum. Es bedarf vielmehr, was bisher übersehen worden ist, zur Aufhebung der Bezirkslehrerausschüsse der kleineren vork. rev. Städte und sonach die Wegnahme wesentlicher öffentlicher Rechte dieser Städte nicht nur einer einfachen Erklärung des Volksbildungsministeriums, sondern einer Entschließung des Gesamtministeriums, die wiederum der Zustimmung des Landtages bedarf. Es bleibt also immer noch abzuwarten, was in dieser Angelegenheit geschieht. Vor allem wird der Landtag sich einmal eingehend mit der Frage befassen müssen, ob wirklich die Unterstellung der kleineren vork. rev. Städte unter die Amtshauptmannschaften, ohne daß im übrigen irgendwas in der sogenannten Verwaltungsreform getan worden ist, zweckmäßig war oder nicht. Alsbald wird dann auch die Frage gestellt werden, ob die Bezirkslehrerausschüsse der kleineren vork. rev. Städte weiter bestehen oder nicht. Eins steht bereits heute unzweifelhaft fest: Durch die Wegnahme der Kompetenzen wird die Anteilnahme entwicklungsfähiger Gemeinden und Städte an dem gesamten Volksschulwesen immer weiter zurückgedrängt, was wohl kaum im Interesse der zu erziehenden Schuljugend und der Elternschaft liegen dürfte. Wir werden auf diese Angelegenheit nochmals zurückkommen, sobald die auf der Tagung des Verbandes sächsischer Mittelstädte gefaßten Entschlüsse, die die Billigung aller Parteien gefunden haben, den Ministerien und dem Landtage zur Entschliebung vorliegen.“

(Zwingerlotterie.) Im nächsten Jahre wird in Dresden eines der herrlichsten Bauwerke, das die Welt kennt, im neuen Kleide erstanden: Der Dresdner Zwinger. Seit 1924 sind die durch Witterungseinflüsse verfallenen Sandstein-Figuren Stück um Stück erneuert worden, eine Arbeit, die weit über Deutschland hinaus Interesse fand und eine ganz einzigartige Erhaltung dieses alten Barockbauwerkes bedeutete. Die erheblichen Mittel, die für die Wiederherstellung dieses gewaltigen Bauwerkes notwendig sind, sind durch die Zwingerlotterie mit beschafft worden. Die 8. Zwingerlotterie mit 160 000 Mark Gesamtgewinnen wird am 5. und 7. Oktober in Dresden gezogen. Lose zu 1 Mark sind bei allen Kollektoren erhältlich.

Wieder Bürgerkrieg in China

Zurück zum Reich — Winter Vorbereitung an der russischen Grenze

Schanghai. Der Bürgerkrieg in China ist in vollem Gange. Nach bisher vorliegenden Nachrichten soll es zehn Meilen unterhalb von Tschang in der Provinz Hupei bereits zu Kämpfen zwischen Truppen der Nationalregierung und den Streitkräften aufständiger Generale gekommen sein. Einem Bericht der Londoner Times zufolge, ist die von Tschiangkai-schek gegen die aufständigen Generale entsandte vierte Eisen Division zu den Aufständigen übergegangen. Die Division soll sich von Tschang auf dem Marsche nach Süden befinden, um sich dort den Kwantung-Armee anzuschließen. Allem Anschein nach planen die Kwantunggenerale wieder einen Angriff auf Kanton.

Zurück zum Reich!

Rundgebung für Deutschland im Saargebiet.
Saarbrücken. In dem von französischen Anzessionsgeklüften bedrohten Grenzgebiet Hauweiler-Rildingen fand unter der Leitung des Gemeindevorsethers eine von der Zentrumspartei, der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam einberufene Versammlung statt, auf der einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, die dem in Heidelberg tagenden Saarausschuß und der deutschen Abordnung für die Pariser Saarverhandlungen übermittelt worden ist, und in der u. a. heißt: „Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Hauweiler-Rildingen mit Einschluß der hier wohnenden Elsaß-Lothringern wünschen einmütig, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Rückgliederung des Saargebietes zu dem baldigen Ergebnis führen, daß das Saargebiet restlos wieder zurück an das Deutsche Reich gegeben wird. Die Bevölkerung als Grenzortbewohner will in Frieden und Freundschaft mit den Bewohnern des Nachbarstaates leben. Sie erwartet deshalb, daß die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in einem verständlichen Geiste, frei von jeder Anzessions- und Gewaltpolitik, geführt werden, daß vor allen Dingen die restlose territoriale Rückkehr des Saargebietes nach Deutschland erfolgt.“

Bedingungslose Rückgabe der Saar gefordert!

Saarbrücken. Die Deutschnationale Volkspartei des Saargebietes gibt in einer Erklärung folgende Stellungnahme angesichts der Pariser Saarverhandlungen bekannt: „Das Saargebiet muß restlos in die Hoheitsverhältnisse des Deutschen Reiches zurückgeführt werden. Kein Fußbreit deutschen Bodens darf verloren gehen. Diese politische Rückgliederung hat den wirtschaftlichen Verhandlungen vorauszugehen. Auch die Saargeuben müssen bedingungslos in den Besitz des Deutschen Reiches zurückgeführt werden. Jegliche Beteiligung französischer Kapitals ist abzulehnen. Der Bahnschuß ist sofort zurückzugeben. Unsere Mitarbeit an den Saarverhandlungen bedeutet keineswegs eine stillschweigende Zustimmung zu dem Pariser Entwurfplan und den Haager Verhandlungen. Nach wie vor müssen wir einen Pakt ablehnen, der das Reich sogar noch über den Versailler Vertrag hinaus belastet. Damit halten wir fest an dem Standpunkt, auf den sich die Partei des Reiches und im Saargebiet bisher gestellt hat: Die heisersehnte frühere Rückkehr nicht durch Aufzählung neuer Lasten auf das Reich zu erlangen.“

Die Eröffnung der interparlamentarischen Handelskonferenz.

Berlin. Die interparlamentarische Handelskonferenz wurde am Montag nachmittag im Reichstag feierlich eröffnet. Von der Reichsregierung waren Finanzminister Dr. Hilferding, Verkehrsminister Dr. Stegerwald, Arbeitsminister Wissell und Justizminister v. Guérard erschienen. An Stelle des erkrankten Reichspräsidenten Löbe hielt Reichstagsvizepräsident v. Kardorff die Teilnehmer willkommen. Die außerordentliche Bedeutung dieser Konferenz, so führte er u. a. aus, gehe schon daraus hervor, daß sich Vertreter von

43 Parlamenten in Berlin versammelt hätten. Das Arbeitsprogramm zeige, daß die Ansicht in steigendem Maße zum Gemeingut aller denkenden Menschen geworden sei, an die Stelle des Kampfes, der Wunden schlage, den Ausgleich und die gegenseitige Verständigung treten zu lassen. Die Nationalisierung der Wirtschaft sei heute die Forderung des Tages.

Die Nationalisierung der Wirtschaft auf nationaler Grundlage sei die Voraussetzung für die internationale Nationalisierung auf dem Wege des Ausgleiches, des Zusammenschlusses und der Verständigung.

Man habe in dieser Richtung auf dem Gebiete der Stoffproduktion schon Erhebliches geleistet. Für die Kohlenwirtschaft würden ähnliche Vereinbarungen gefunden werden müssen.

Die Grüße der Reichsregierung überbrachte sodann Reichsfinanzminister Dr. Hilferding. Die diesjährige Konferenz finde in einem geschichtlich entscheidenden Augenblick statt. Die Haager Konferenz habe den Young-Plan grundsätzlich angenommen, und damit habe ein neuer Abschnitt der Reparationspolitik begonnen. Der Young-Plan versuche die endgültige Lösung auf wirtschaftlichem Boden, er räume den politischen Rest des Dawes-Planes durch Befreiung der ausländischen Kontrollen aus und habe die Liquidierung des Krieges gefördert, indem er die Befreiung der Befreiung erleichtert habe. Stärker als je habe sich in Genf die Erkenntnis geltend gemacht, daß, so ungeheuer befeuert die politische Arbeit an der Organisation des Friedens und der internationalen Sicherheit sei, sie nicht allein zum Ziel führen könne,

ohne die Arbeit an der Befreiung der wirtschaftlichen Gegenstände.

Ein Europa der wirtschaftlichen Vereinigung wäre durch leichtere und schnellere Entwicklung seiner erzeugenden Kräfte zugleich der erweiterte Absatzmarkt und der kaufkräftigste Kunde der übrigen Welt. Selbstverständlich dürfe diese Idee nicht eine Isolierung gegen andere Nationen oder gar Trennung aus der Völkergemeinschaft bedeuten.

Die Deutsche Volkspartei in München zu den Haager Verhandlungen.

München. Die Ortsgruppe München der Deutschen Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, die den Abschluß der Haager Vereinbarungen als einen weiteren Schritt zur Liquidierung des Krieges bezeichnet, für den Stresemann der Dank des ganzen deutschen Volkes gebühre, wenn im Frühjahr des kommenden Jahres der letzte Befreiungsangriff der deutschen Boden verlassen haben wird. Deutschland werde frei durch die zielbewusste Durchführung der von Stresemann geleiteten Politik, die die Interessen der Welt systematisch vernüpft mit Deutschlands Gedeihen.

Der Frontkriegerbund fordert Entlassung von Stresemann und Hilferding

Der Reichsverband des Frontkriegerbundes hielt, wie der „Völkische Beobachter“ berichtet, in München seine Bundestagung 1929 ab. An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde in einer Entschließung die Bitte gerichtet, die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Hilferding aus dem Reichsdienst zu entlassen. In einer zweiten Entschließung wird der Reichspräsident gebeten, dahin zu wirken, daß die beschleunigte Einführung der körperlichen Staatsdienstplicht für die gesamte arbeitsfähige Jugend zum Gegenstand eines Gesetzes gemacht wird.

Winter Vorbereitungen der russischen Grenzarmee

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind in den Gebieten von Chabarowsk und Wladiwostok die Jahrgänge 1905 und 1906 einberufen worden. Die Einberufenen sollen als